

Veranstaltung anlässlich des Antikriegstages am 31. August 2013, Gelsenkirchen, Bahnhofstraße/Preuteplatz. Redebeitrag von Ursula Möllenberg.

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

Wir befinden uns in einer äußerst bedrohlichen Lage: Der Krieg in Syrien wird ausgeweitet, indem der Westen, unter Führung der USA, dabei ist, mit Militärschlägen in ihn einzugreifen.

Wie stellt sich die aktuelle Lage dar?

1. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit steht fest, dass auf dem syrischen Bürgerkriegsschauplatz mehrfach chemische Kampfstoffe eingesetzt worden sind, so auch am 21. August in Siedlungen der syrischen Region Ghuta nahe Damaskus.

2. Es existiert bislang **keinerlei Beweis** dafür, dass Truppen des Assad-Regimes die Urheber dieses Einsatzes am 21. August waren. Oder wollen wir das, was uns die USA jetzt als Beweise für den Giftgaseinsatz durch das Assad-Regime präsentieren, als solche anerkennen? Haben wir nicht noch die „unumstößlichen“ Beweise, die sie vor der UNO zur Rechtfertigung für den Irak-Krieg präsentierten, im Gedächtnis?

3. Dagegen liegen mehrfache Beweise für den Einsatz chemischer Kampfstoffe durch die Anti-Assad-**Guerilla in mehreren zurückliegenden Fällen** vor, auf die schon Carla del Ponte, frühere Chefrichterin des Haager Kriegsverbrechertribunals hinwies; so wurden noch im Mai d. J. einige von den islamistischen Kriegsverbrechern in der Türkei mit Kampfstoffbehältern geschnappt.

4. Da wir bisher nichts Genaues über den Chemiewaffeneinsatz wissen, müssen wir uns ein Bild zu machen versuchen, indem wir die Frage stellen: Wem nützt er? Die vom Westen massiv unterstützten sog. Rebellen fordern angesichts ihrer militärischen Erfolglosigkeit schon lange ein Eingreifen des Westens. Die syrischen Regierungstruppen waren zuletzt militärisch auf dem Vormarsch: Angesichts der Drohung der USA mit der **Überschreitung der roten Linie** ist es abwegig anzunehmen, dass sie ausgerechnet jetzt Giftgas gegen die eigene Bevölkerung einsetzten und somit den USA den Vorwand für ein Eingreifen in den Krieg lieferten.

5. Sämtliche Angriffskriege der NATO resp. westlicher Staaten seit Jugoslawien 1999 folgten immer demselben Muster: Am Anfang geschah ein angebliches Massaker (Racak 1999), immer starben angeblich Tausende unschuldiger Zivilisten oder drohten massakriert zu werden (Libyen 2011), immer sieht sich die **"westliche Wertegemeinschaft"** gezwungen die angeblichen Täter zu bombardieren, also noch mehr Menschen zu töten, um eine vorgeblich von einer "humanitären Katastrophe" bedrohte Bevölkerung zu "schützen" (man nennt das RtoP, Responsibility to Protect).

6. Wenn das konventionelle Massaker nicht ausreicht, um die Angriffskriegsbegeisterung der Massen zu erzeugen, wird gerne zur Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen gegriffen, um diese anzuheizen (Irak 2003).

7. Ohne ein einschlägiges Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (oder einen vorangegangenen Angriff Syriens auf einen anderen Staat) bleibt jede militärische Gewaltanwendung **ein völkerrechtswidriger Akt** der Aggression und damit ein völkerrechtliches Verbrechen. Hinzu kommt, dass der Sicherheitsrat selbst an die Charta der UN gebunden ist und keine satzungswidrigen Freibriefe zur militärischen

Gewaltanwendung ausstellen darf.

8. Der momentan geplante Luftangriff auf Syrien wird absehbar erhebliche menschliche Verluste, auch unter unbeteiligten Zivilisten in Gestalt sogenannter Kollateralschäden zur Folge haben. Die Opfer der verbrecherischen Chemiewaffeneinsätze werden davon nicht wieder lebendig werden.

9. Sollte die Türkei sich an einem völkerrechtswidrigen Angriff auf Syrien beteiligen, so müssten die Einheiten der Bundeswehr umgehend zurückgezogen werden, da sie sonst selbst Teilnehmer an einem völkerrechtlichen Verbrechen der Aggression wären. Darüber hinaus ist es die **Rechtspflicht der Bundesregierung**, den Aggressoren jegliche Unterstützungsleistungen zur Durchführung ihres Aggressionsverbrechens zu verweigern (Nutzung deutschen Luftraums, Führungsgefechtsstände etc.).

Es ist ein Skandal, dass die USA und die Bundesregierung **Al-Kaida-Milizen unterstützten** und es weiterhin tun. Diese Islamistischen Banden gehen mit brutalsten und barbarischsten Methoden gegen die syrische Bevölkerung vor. Mit Hilfe dieser ruchlosen Elemente die Menschenrechte durchsetzen zu wollen, spricht für sich und bedarf keiner weiteren Kommentierung.

Ich will noch kurz auf die **Rolle der Bundesregierung** in diesem Drama zu sprechen kommen:

Von Deutschland gehen Rüstungsgüter in bis 140 Länder der Erde lt. Rüstungsexportbericht der Bundesregierung, darunter viele in Entwicklungsländer. Besonders beliebt sind Waffen Made in Germany im Nahen und Mittleren Osten: Geliefert wird unterschiedslos an Saudi-Arabien, Israel, die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar und Kuwait – Staaten, die entweder wegen ihrer Missachtung der Menschenrechte oder wegen ihrer Verstrickung in regionale Dauerkonflikte nie und nimmer deutsche Waffen erhalten dürften.

Speziell im Syrien-Krieg hat die Bundesregierung eine Reihe von Maßnahmen eingeräumt, mit denen sie die Aufständischen in Syrien systematisch unterstützt. Sie betreffen unter anderem die "**Arbeitsgruppe wirtschaftlicher Wiederaufbau und Entwicklung**", die im April 2012 im Rahmen des westlichen Staatenbündnisses "**Friends of Syria**" eingerichtet worden ist. Die "Friends of Syria" streben erklärtermaßen einen "**Regime Change**" in **Damaskus** an. Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Anfrage der Linken im Bundestag bestätigt, finanziert das Auswärtige Amt seit dem Sommer 2012 ein Sekretariat "zur Unterstützung" der "Arbeitsgruppe wirtschaftlicher Wiederaufbau und Entwicklung" mit rund 2,1 Millionen Euro. In ihm arbeiten Mitarbeiter der bundeseigenen Entwicklungsorganisation GIZ. Bislang führte die "Arbeitsgruppe" etwa "Workshops und Trainingsmaßnahmen" durch, die sich mit "Sofortmaßnahmen" - beispielsweise "im Wasserbereich" -, aber auch, erkennbar auf ein **prowestlich orientiertes Syrien** ohne Assad abzielend, mit "Wirtschaftspolitik und -reformen" und mit der "Einbeziehung der Privatwirtschaft" befassten. Man habe darüber hinaus, heißt es, auch "Kompetenzen der Projektplanung" vermittelt und eine "Investorenkonferenz" abgehalten.

Da zeigt uns, wo die Reise hingehen soll, nämlich zu einer Neuordnung des Nahen Ostens, wozu bereits die Kriege gegen Irak und Libyen geführt wurden, mit denen die Macht- und Einflussphären des Westens gefestigt und erweitert werden sollen. Nun geht es sozusagen um ein **freies Schussfeld auf den Iran**. Massiv unterstützt wird diese Strategie von den abgründig reaktionären Regimen, Saudi-Arabien und Katar sowie von

Israel Jordanien und der Türkei.

Die Absicht der Kriege im Nahen Osten hat mit der Durchsetzung von Menschenrechten **nichts zu tun**. Wer uns das weismachen will, beleidigt unseren Verstand. Sie werden geführt zur Durchsetzung einer neuen politischen Ordnung im Nahen Osten, die gegen die erstarkenden Weltmächte China und Russland gerichtet ist, letztlich also um Macht- und Profitinteressen des Westens.

Und das – wie wir an allen als „Kampf gegen den Terror“ oder „Schutz der Menschenrechte“ getarnten Kriegen sehen konnten – ohne die geringsten Skrupel und moralischen Bedenken. Denn diese Kriege hinterließen in allen betroffenen Ländern nur Chaos und unübersehbares Leid und Elend.

Wir rufen alle Gelsenkirchener Bürgerinnen und Bürger auf, dagegen ihre Stimme zu erheben und Protest einzulegen.

Wir fordern:

1. Ein klares Nein der Bundesregierung zum Syrienkrieg und eine klare Verurteilung aller militärischen Maßnahmen
2. Den Abzug der Bundeswehr und der Patriot-Staffeln aus der Türkei
3. Ein klares NEIN zu jeglicher Kriegsunterstützung und einem Stopp aller Kriegsdrohungen gegen Syrien
4. Die Einstellung ALLER Rüstungslieferungen in die Region
5. Die Einstellung der Unterstützung einer Bürgerkriegspartei in Syrien
6. Die Beförderung einer Friedenskonferenz für Syrien
7. Das Verbot, die britischen und die US-Militärbasen in Deutschland für einen Syrienkrieg zu nutzen
8. Die Versagung aller Überflugsrechte für militärische Maßnahmen der USA und Großbritanniens
9. den Austritt aus den militärischen Strukturen der NATO und die Initiative zur umgehenden Schließung der britischen und US-Militärbasen, die für Folterflüge und völkerrechtliche Kriege genutzt werden
10. Die Beförderung einer UN-Initiative zur internationalen Beseitigung von Massenvernichtungswaffen, insbesondere auch von Chemiewaffen